

# **PRESSEMITTEILUNG BUNDESSCHÜLERKONFERENZ**

## **Keine Zukunft ohne Medienkompetenz: Nein zum Smartphoneverbot!"**

### **Versäumnisse nicht verschärfen! - Bundesschülerkonferenz lehnt Handyverbot ab und fordert echte Reformen**

Ein generelles Smartphoneverbot an Schulen würde die Veräumnisse der Politik drastisch verschärfen, statt diese aufzuarbeiten und zu reformieren. Statt Verbote brauchen Schüler\*innen eine aktive Förderung ihrer Medienkompetenzen. Insbesondere in Zeiten, in denen Smartphones eine zentrale Rolle im Alltag der Schüler\*innen Deutschlands, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Schule, spielen, ist es essenziell, den Umgang mit diesen Geräten und allen dadurch entstehenden Gefahren zu vermitteln.

Die Forderung von Armin Schwarz, ein bundesweites Smartphoneverbot an Schulen einzuführen, verkennt die Realität unserer sich verändernden Welt und ist eine zu kurzfristige Antwort auf eine komplexe Frage. Die praktische Anwendung digitaler Endgeräte in der Schule ist essenziell, da sie ein zentraler Bestandteil der Vorbereitung auf das Leben in einer digitalen Gesellschaft ist.

Wir als Bundesschülerkonferenz sprechen uns aus diesen Gründen gegen ein generelles Smartphoneverbot an Schulen aus. Schulen haben die Aufgabe, uns auf das Leben in einer zunehmend digitalisierten Welt vorzubereiten. In diesem Zusammenhang sind Medienkompetenz und der verantwortungsvolle Umgang mit sozialen Medien von entscheidender Bedeutung. Um den Herausforderungen einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft gewachsen zu sein, muss in vielen Fällen aufgrund mangelnder digitaler Infrastruktur auf das Privatgerät zurückgegriffen werden. Dies darf nicht der Anspruch einer zukunftsfähigen Schule sein. Ein generelles Smartphoneverbot würde Schüler\*innen eben gerade dort ausbremsen, wo sie ohnehin schon mit unzureichenden Ressourcen zu kämpfen haben.

Eine sich im Analogen und Digitalen wandelnde Medienwelt bedarf eines umfassenden Wissens über den Nutzen und die Gefahren selbiger. Die Gefahren von Fake News, aber auch Cybermobbing nehmen zu, und so liegt es in der Verantwortung der Schulen, gerade aufgrund ihres allgemeinen Bildungsauftrags, auf diese Entwicklung zu reagieren.

Gerade jüngere Schüler\*innen müssen zwingend sowohl über Suchtpotenziale der digitalen Welt als auch über den Umgang mit personenbezogenen und privaten Daten aufgeklärt werden. Bereits etablierte und neu entstandene Projekte, die Aufklärungs- und Präventionsarbeit in den genannten Bereichen betreiben, müssen finanziell vom Bund gefördert werden.

Die Zukunft ist digital und es ist die Aufgabe der Schulen, uns darauf vorzubereiten. Dies darf keinesfalls dadurch geschehen, den Fortschritt zu blockieren, sondern indem sie ihn aktiv fördern und mitgestalten. Verbote, wie das von Armin Schwarz geforderte Smartphoneverbot, widersprechen diesem Anspruch und sollten unter keinen Umständen umgesetzt werden.